

# Verluste in den Regionen schwächt Regierungskoalition Malaysias



Malaysias Premierminister Abdullah Ahmed Badawi feiert am 9. Mai in Kuala Lumpur seine Wiederwahl mit seinem Stellvertreter Najib Razak (links). Die Regierungspartei Malaysias hat die bisher bitterste Wahlniederlage einstecken müssen, als die Opposition in fünf von 13 Staaten gewann.

VON FRANCIS LOH

**O**BWOHL DIE NATIONALE FRONT von Malaysias Premierminister Abdullah Badawi im März wiedergewählt wurde, hat sie doch eine Zweidrittelmehrheit im Parlament verpasst. Mit nur noch 140 von 220 Sitzen kann sie die Verfassung nicht mehr länger ändern wie sie will.

Die Nationale Front wurde ebenso aus fünf der dreizehn gliedstaatlichen Parlamente herausgeworfen. Mit dabei sind die drei am meisten industrialisierten Gliedstaaten der Halbinsel und die zwei ärmsten im Norden. Veränderungen an Malaysias zentralistischem Föderalismus könnten anstehen.

Die Koalitionsregierung wird von einer malaiischen Partei angeführt, aber reflektiert Malaysias Vielfalt, indem sie eine chinesisch-malaiische und eine indisch-malaiische Partei einschließt. Die Koalition bildete sich im Anschluss an die Wahlen von 1969 und die damit zusammenhängenden Rassenunruhen.

Zweimal, 1990 und 1995, wurde der Versuch gestartet, die Vorherrschaft der Koalition im Parlament zu brechen. Beide Versuche scheiterten – der erste an ungenügender malaiischer, der zweite an ungenügender nicht-malaiischer Unterstützung.

Die Koalition war es gewohnt, für die Mobilisierung rassenübergreifender Gemeinschaften auf ihre einzelnen Parteien zählen zu können, vor allem in gemischten Wahlkreisen. Doch das war jetzt nicht mehr der Fall.

## Umdenken bei den Wählern

Denn all das änderte sich in den Wahlen vom März. Ein solider Schwenker bei den indisch-malaiischen Wählern, weg von ihrer traditionellen Koalitions-Ausrichtung, fiel mit einer ebenso starken Neuorientierung bei den chinesisch-malaiischen Wählern zu Gunsten der Opposition zusammen. Gleichzeitig scharten sich viele Malaier hinter die oppositionelle People's Justice Party.

Die Kampagne der People's Justice Party wurde vom charismatischen ehemaligen

Premierminister Anwar Ibrahim angeführt. Anwar kehrte nach mehr als zwei Jahren Gefängnis wegen einer erdichteten Anklage der Sodomie und des Machtmissbrauchs in die Politik zurück. Unter ihm bewegte sich die Oppositionspartei in die Mitte und schmiedete Wahlabsprachen mit der Islamic Party of Malaysia und der mehrheitlich nicht-malaiischen Muslim Democratic Action Party.

Das Ergebnis war eine überraschende Abwendung von der Koalition der Nationalen Front zu Gunsten einer losen und informellen Koalition der drei Oppositionsparteien.

Dr. Jeyakumar Devaraj von der People's Justice Party sagte, dass „als wir den Wahlkampf in Angriff nahmen, haben wir nicht auf einen Sieg gehofft“.

„Zu unserer Überraschung haben wir in der Wahl Nacht gewonnen“, so Devaraj nach seinem Triumph über Samy Vellu, Mitglied der indisch-malaiischen Partei in der Nationalen Front-Koalition sowie Bundesminister für öffentliche Bauten – und einer der vier bei den Wahlen gestürzten Minister.

FORTSETZUNG AUF SEITE 32

**Francis Loh Kok Wah** hat einen Dokortitel in Politikwissenschaft der Cornell University und ist Professor an der School of Social Sciences, University Sains Malaysia.

Indisch-malaiische Verbitterung über ihre wirtschaftliche und politische Marginalisierung hat sich schon an einer massiven Demonstration in Kuala Lumpur im letzten November manifestiert, organisiert von einer Gruppe namens Hindu Rights Action Front.

Chinesische Malaien wiederum waren unzufrieden mit der stagnierenden Volkswirtschaft und der Unfähigkeit der National Front-Regierung unter Premierminister Badawi, Malaysias Wettbewerbsfähigkeit regional durchzusetzen.

Auch waren sie von den Aktionen des Jugendführers der malaiischen Partei in der Nationalen Front erzürnt, der bei der Parteiversammlung einen zweischneidigen malaysischen Dolch zückte und die

Rückkehr zu positiver Diskriminierung der Malaien verlangte.

Man machte sich zudem Sorgen über eine drohende Inflation aufgrund hoher Benzinpreise, steigende Verbrechensraten, angebliche Korruption und Missbräuche bei Köpfen der Nationalen Front in den Lokalbehörden und Gliedstaatenregierungen.

Diese städtischen Anliegen mögen erklären, warum die drei am besten entwickelten Gliedstaaten Penang, Selangor und Perak sowie zehn von elf Sitzen im Bundesterritorium Kuala Lumpur an die Opposition fielen.

In Penang wurde Lim Guan Eng, der 47 Jahre alte Generalsekretär der Democratic Action Party, zum neuen Chefminister ernannt. Dieser unwahrscheinlichste aller Chefminister ist nun beauftragt, gute Beziehungen herzustellen zu jener

Zentralregierung um die Nationale Front, die ihn ins Gefängnis geworfen hat.

Er kündete an, dass er viele der „Megaprojekte“ überprüfen werde, welche von der vorherigen Gliedstaatenregierung der Nationalen Front angenommen worden waren. Im Gliedstaat Selangor überprüft sein Amtskollege von der People's Justice Party das Wasserprivatisierungsprojekt der Vorgängerregierung mit der Begründung, dass die Bevölkerung und der Gliedstaat nicht von dem unterzeichneten Abkommen profitieren würden.

Damit Malaysia auf dem Wahlergebnis aufbauen und die Föderation stärken kann, wird allgemein erwartet, dass die Bundesregierung in Kuala Lumpur die bisherige Praxis der Koalition, dauernd in die Kompetenzen der Gliedstaaten einzugreifen, aufgibt. 